



Haus für die Vereinten Nationen e.V.

Aufruf des *Haus für die Vereinten Nationen e.V.*
und seines Arbeitskreises *Friedenssicherung durch die Vereinten Nationen*

„Keine Raketen und Marschflugkörper auf deutschem Boden“ Für eine Europäische Friedensarchitektur

- 1.** Der *Haus für die Vereinten Nationen e.V.* (HVN), Berlin, wendet sich gegen die Aufstellung von US-amerikanischen Raketen und Marschflugkörpern sowie Hyperschallwaffen auf dem Territorium von Deutschland und ggf. auch europaweit, auch wenn diese nur mit konventionellen Sprengköpfen ausgerüstet sein sollten. Mit dieser Stationierung würde Deutschland zu einem potenziellen Erstschlagsziel eines möglichen Gegners werden, der dann auch mit Nuklearwaffen erfolgen könnte, zumal parallel zu dieser Entwicklung im Rahmen der nuklearen Teilhabe in der Nato die bisher stationierten alten Atombomben durch neue Atomwaffen ersetzt werden sollen.
- 2.** Diese neuen Waffensysteme können tief in russisches Staatsgebiet eindringen und die nukleare Infrastruktur oder Teile des russischen Atomwaffenarsenals angreifen. Da die Vorwarnzeiten bei einem Angriff nur wenige Minuten betragen, könnte dies zu einem Einsatz der russischen Atomwaffen führen, bevor diese zerstört werden. Fehlentscheidungen könnten Europa zum nuklearen Schlachtfeld machen, mit nicht absehbaren globalen Auswirkungen, auch für die Atommächte selbst.
- 3.** Der Bundeskanzler wird eindringlich aufgefordert, die Zusage an die USA zu einer solchen Stationierung rückgängig zu machen. Russland und die USA sollten von deutscher Seite gemeinsam mit den hierzu auf europäischer Ebene handelnden Politikern aufgerufen werden, unverzüglich Verhandlungen über diese Waffensysteme und deren Abbau auf beiden Seiten aufzunehmen.
- 4.** In keinem Fall darf die Entscheidung für eine Stationierung dieser Raketen als unwiderruflich gelten. Ihre Rücknahme muss ggf. nach dem Vorbild der Nachrüstungsdebatte der 1980er Jahre als Gegenleistung in Verhandlungen mit Russland für den Abbau der analogen Waffensysteme auf russischer Seite eingesetzt werden und sollte in einem INF-Nachfolge-Abkommen münden.
- 5.** Der HVN e.V. unterstützt nachdrücklich den Forderungskatalog der Studiengruppe „Frieden und Sicherheit“ der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler e.V. (VDW) vom 19. August 2024 zur Stationierung von „Long-Range Fire Deployments“ in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, sich gegenüber Washington und Moskau dafür einzusetzen, den *New Start*-Vertrag abermals zu verlängern oder eine Interimsregelung zu vereinbaren.
- 6.** Auch alle übrigen, inzwischen von den USA und Russland aufgekündigten Verträge zur atomaren und konventionellen Abrüstung müssen wieder in Kraft gesetzt und die erneut begonnenen konventionellen und nuklearen Rüstungsvorhaben gestoppt werden. Eine Europäische Friedensordnung unter Einbeziehung von Russland, die die Sicherheitsbedürfnisse aller europäischen Staaten berücksichtigt, ist die Grundlage dafür, dass sich die Staaten der EU wirtschaftlich entwickeln und Europas Stimme wieder global an Glaubwürdigkeit gewinnt. Eine nachhaltige Gesamtstrategie für eine Europäische Friedensordnung muss die im Harmel-Bericht von 1967 genannten Prinzipien wiederaufnehmen. Eine Aufrüstung der NATO und der EU-Staaten würde demgegenüber keine erhöhte Sicherheit bringen, sondern neue Ängste schüren, einen Rüstungswettlauf zur Folge haben und auf lange Sicht zu mehr Unsicherheit führen. Alle europäischen Staaten müssen sich an die Prinzipien und Grundlagen der Charta der Vereinten Nationen von 1945, insbesondere Kapitel 1, Artikel 1, an die Vereinbarungen der Schlussakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa von 1975 und an die Charta von Paris von 1990 halten. Insbesondere der Nato-Russland-Rat ist wieder zu aktivieren.

7. Der HVN e.V. fordert die Bundesregierung weiterhin auf, ernsthafte Schritte zu unternehmen, um einen Beitritt zu dem 2017 von der Vollversammlung der Vereinten Nationen verabschiedeten Atomwaffenverbotsvertrag zu vollziehen. Diesen Schritt haben bereits über 90 Staaten weltweit getan, unter ihnen auch Österreich und Irland, und über 70 Staaten haben diesen Vertrag bereits ratifiziert. Damit würde Deutschland auch dem fraktionsübergreifenden Beschluss 17/1159 des Bundestages vom 24.3.2010 endlich nachkommen. Laut diesem Beschluss könne Deutschland deutliche Zeichen für eine Welt frei von Atomwaffen setzen.

8. Der HVN e.V. unterstützt deshalb nicht nur die inzwischen engagierten zivilgesellschaftlichen Gruppen, Einzelpersonen, Vereine und Gewerkschaften, sondern auch die politisch Tätigen in den Parteien, die sich mit Resolutionen, Aufrufen, Unterschriftenaktionen und Petitionen gegen die Stationierung dieser Raketen und Hyperschallwaffen wenden sowie für eine weltweite Ächtung und Abschaffung von Waffensystemen einsetzen, die preemptive Schläge (Offensivschläge in defensiver Absicht) provozieren und „Fenster der Verwundbarkeit“ aufheben.

9. „Von deutschen Boden soll nie wieder Krieg ausgehen“ — so äußerte sich anlässlich ihrer Neugründung die SPD nach dem Zweiten Weltkrieg in ihrer Grundsatzerklärung. Diese Gefahr besteht aber, wenn es weiterhin zu einer zunehmenden Militarisierung unserer Gesellschaft kommt und diese wieder „kriegstauglich“ gemacht werden müsse, wie es der Verteidigungsminister und andere führende Politiker öffentlich verkünden. Eine „kriegstauglich“ gemachte Gesellschaft wird untauglich für die soziale Absicherung ihrer Bürger und die Entfaltung ihrer Lebensqualität.

*(Mitglieder des HVN und des Arbeitskreises:
Dr. Eva Schulze (Vorsitzende des HVN);
Hiltrud Breyer, Traugott Klose, Prof. Dr. Rolf
Kreibich, Waltraud Kreuzer, Dr. Wulf Luck,
Uwe Meinhold, Christina Moers, Karl-Heinz
Niedermeyer, Dr. Philipp Sonntag,
Dr. Armin Triebel, Dr. Dominikus Vogl)*

Berlin, im März 2025